



Kommunale Seniorenpolitik vor grundlegenden Veränderungen

von **Dr. Dietmar Köster**, Forschungsinstitut Geragogik (FoGera), Witten



Wahlen werden immer stärker durch die ältere Bevölkerung entschieden. In NRW werden im Jahre 2020 zwei Drittel der Wähler mindestens 50 Jahre alt sein. Die Partei, die es schafft, die Meinungsführerschaft in dieser Bevölkerungsgruppe zu erlangen, hat die besten Chancen, Wahlen zu gewinnen. Das bedeutet nicht, die Interessen der jüngeren Generation zu vernachlässigen. Vielmehr kommen Verbesserungen für ältere Menschen auch jünger zugute.

Die Lebensqualität der Senioren wird besonders in der Kommune bestimmt. So ist die demografische Alterung längst für die weitsichtigen Kommunalpolitiker zu einem zentralen Thema geworden. Hier setzt sich langsam ein Wandel durch: Zunächst stand

Ein modernes Leitbild knüpft an veränderte Bilder über das Alter an: Statt Fürsorge und Betreuung steht vielmehr Partizipation und Selbstbestimmung im Vordergrund. Denn die heute 70-Jährigen haben die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit der 65-Jährigen vor 30 Jahren. In ihrem Engagement übernehmen ältere Menschen Verantwortung für sich selbst und andere. Das mitverantwortliche Leben ist die Grundlage für ein zufriedenes Leben im Alter.

Das Vorbild ist dabei eine Kommune, die Senioren Partizipation, also aktive reale Teilhabe, ermöglicht. Dabei sind die Potenziale durch Partizipationsprozesse nicht von oben zu verordnen. Sie sind von unten zu fördern. Dazu sind die "Ermöglichungsbedingungen" in der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit weiter zu verbessern, die am besten über Qualitätsentwicklungsprozesse in die Praxis umgesetzt werden. Die Gründung oder die Stärkung von Seniorenvertretungen können hier eine wichtige Rolle spielen.

Wenn Sozialdemokraten in den Kommunen die demografische Alterung nicht als Bedrohungsszenario sondern als politische Gestaltungsaufgabe begreifen, ist ein wichtiger Schritt getan, um bevorstehende Wah-



© Gerd Altmann / PIXELIO

das Thema „Pflege“ im Vordergrund. Mittlerweile hat sich aber herumgesprochen, dass die Lebensphase nach der Berufstätigkeit nicht in erster Linie durch Pflegebedürftigkeit gekennzeichnet ist. Lediglich gut 10 Prozent der Menschen über 60 Jahre sind Pflegefälle. Daher ist kommunale Altenpolitik, die sich auf den Schwerpunkt Pflege festlegt, veraltet. Kommunale Altenpolitik ist differenziert auf alle Lebenslagen im Alter auszurichten und dabei ist Pflege ein kleiner Teil.

Besonders die Kommunen haben die Verpflichtung im Rahmen ihrer kommunalen Daseinsvorsorge und ihrer sozialpolitischen Planungsverantwortung neue altenpolitische Konzepte zu entwickeln, die über das Verständnis der „Altenhilfe“ weit hinausgehen, denn diese erfasst immer weniger ältere Menschen. Menschen ab 60 Jahren begreifen sich nicht als hilfsbedürftige Menschen. Sie drängen nach selbstbestimmter Teilhabe am kommunalen Leben. Dies trägt zu einem gelingenden Leben im Alter des Einzelnen und zur Fortentwicklung des Gemeinwesens bei. Entsprechend brauchen wir in den Kommunen moderne Leitbilder über das Altern in den Städten.



© Rainer Sturm / PIXELIO

len zu gewinnen. Sie schaffen damit Voraussetzungen für aktive und ins Gemeinwesen integrierte Senioren.



© Gerd Altmann / PIXELIO

Neue Broschüre: Der Online-Kommunalwahlkampf

Werkzeuge, Strategien, Tipps und Tricks für den Web-Wahlkampf stellt die Broschüre "Online-Wahlkampf zur Kommunalwahl" vor. Autor ist der erfahrene Webwahlkämpfer **Oliver Zeisberger**, der seit Jahren das bundesdeutsche Wahlkampfgeschehen im Netz mitprägt. Hier ein paar Empfehlungen aus der Broschüre:



DIE EIGENE WEBSITE

Die lokale SPD-Gliederung oder Fraktion hat meist schon einen Internetauftritt. Dort können alle Kandidatinnen und Kandidaten vorgestellt werden. Spitzenkandidaten brauchen eine Personenwebsite – mit einer einprägsamen Adresse: willi-schmitz.de ist einfacher zu merken, als neue-ideen-fuer-musterhausen.de. Der eigene Auftritt, egal

E-MAIL-MARKETING

Ohne aktive Ansprache per E-Mail geht es heute nicht mehr. JEDE Gelegenheit sollte genutzt werden, um E-Mail-Adressen zu sammeln! Best-Practice: Barak Obama hatte in Berlin Freiwillige mit Klemmbrett und Papierlisten, die Besucher aufgefordert haben, sich in den E-Mail-Verteiler einzutragen. Zwei Stunden nach seiner Rede gab es eine Dankes-Mail mit Link zu Fotos und Bericht an die Besucher. Die Aufgaben: E-Mail-Verteiler aufbauen, regelmäßig Nachrichten schreiben und versenden, Reaktionen analysieren. Für das E-Mail-Marketing sollte eine spezielle Software eingesetzt werden, die all dies zum Kinderspiel macht. NIEMALS ungefragt E-Mails versenden, denn Spam ist nicht nur unhöflich, sondern auch ein rechtliches Problem.



ob für Partei oder Person, muss aktuell gehalten werden, vollständig sein und eine nachvollziehbare Navigation haben. Elemente, die dazu gehören: Lebenslauf, Familie & Team, Ankündigung von Terminen und Veranstaltungen, Wahlprogramm, Mitmachangebote, Bilder von Aktionen, Pressemitteilungen und Kontakt. Eine Möglichkeit, als Besucher seine E-Mail-Adresse zu hinterlassen, darf nicht fehlen.

WEITERE WERKZEUGE FÜR DEN KOMMUNALWAHLKAMPF

Gezielt eingesetzt können Weblogs, Web-Videos und Profile in sozialen Netzwerken wie StudiVZ oder MySpace, Bannerwerbung, Online-Pressearbeit und Fundraising den Wahlerfolg mit beeinflussen.

Die vollständige Broschüre "Online-Wahlkampf zur Kommunalwahl" kann auf www.nrwspd.net abgerufen werden.

Migranten als Wählerpotenzial Ressourcen nutzen für gemeinsame Erfolge

von **Susana dos Santos Hermann**, Köln



Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Das Wahljahr 2009 tut es längst – Kommunal-, Europa- und Bundestagswahl bestimmen das kommende politische Jahr. Doch ist das nicht alles - eine weitere Wahl kommt in NRW hinzu: Die Wahl zu den kommunalen Migrantenvertretungen in den Städten und Gemeinden des Landes. In welcher Form die Migrantenvertretung weitergeführt wird, ist derzeit allerdings noch unklar: Obwohl Parteien und kommunale Spitzenverbände mit der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen überein gekommen sind, die derzeit als Experiment laufende Integrationsrate in der Gemeindeordnung festzulegen, liegt noch kein Gesetzentwurf vor.

Dennoch: Es wird gewählt werden und es liegt im Interesse der SPD, auch diese Wahl ernst zu nehmen. Und das gleich aus mehreren Gründen: Seit 2004 sind in etwa 60 Städten des Landes die Ausländerbeiräte durch Integrationsräte (IR) ersetzt worden. Seit dieser Zeit funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Kommunalpolitik und Migrantenvertretung in der Regel besser als zuvor. Damit haben sich die Voraussetzungen für eine gute – sozialdemokratische – Integrationspolitik in den Kommunen ebenfalls verbessert.

Frühzeitige Überlegungen, welche KandidatInnen aus dem sozialdemokratischen Spektrum für die IR antreten könnten, sind also dringend geboten, um das Potenzial noch besser auszuschöpfen.

Zugleich können diese Menschen in die Vorbereitungen zur Kommunalwahl eingebunden werden. Immer mehr Migranten sind wahlberechtigt. Sie sind wie die meisten BürgerInnen an guter kommunaler Infrastruktur, einer verlässlichen Kinderbetreuung, gut ausgestatteten Schulen etc. interessiert. Sie achten in der Regel aber auch darauf, ob Parteien die Integration von Migranten lösungsorientiert nutzen oder populistisch ausnutzen. Zusammen mit IR-Kandidaten können SPD-Gliederungen vor Ort entsprechende programmatische Aussagen entwickeln, in denen Chancen und Probleme der Integration von Migranten thematisiert werden. Über Kontakte zu Migrantenorganisationen, zielgruppenorientierte Veranstaltungen und mehrsprachige Informationsmaterialien lässt sich diese Wählergruppe nicht allein für die IR-Wahl mobilisieren. Sie können auch für die Kommunal- und Europawahl gewonnen werden. Gelingt außerdem die Aufstellung von Ratskandidaten mit Migrationshintergrund zeigt sich die SPD als das, was sie schon seit den 60er Jahren ist, die Partei, die Integration ernst nimmt und sie mit den Menschen gestaltet. Fazit: Rechtzeitig die verschiedenen Wahlen zusammen vorbereiten ermöglicht die Erschließung einer wachsenden Wählergruppe.

Hinweis: Seminarangebot der SGK NRW „Auf Augenhöhe – Integration in den Kommunen“ (siehe „Vorbereitung auf die Kommunalwahl“ www.sgk-nrw.de)